



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gründung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung: Naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung in Bayern etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Beitrag zur Etablierung der naturwissenschaftlich-technisch orientierten Friedens- und Konfliktforschung in Bayern zu leisten und die Gründung einer entsprechenden landesfinanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtung voranzutreiben. Die notwendigen Ausgaben sollen im nächsten Doppelhaushalt berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Friedens- und Konfliktforschung zeichnet sich durch Aktualität sowie wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Relevanz aus. Gerade aus ihrem naturwissenschaftlich-technischen Zweig ergeben sich wichtige Erkenntnisse für Forschung, Politik und Zivilgesellschaft zu Fragen der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle und Verifikation, der Identifizierung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowie der Verhinderung ihrer Proliferation und Nutzung, zum Umgang mit Cyberangriffen, zu autonomen Waffensystemen und anderen neuen Technologien.

Im Juli 2019 zeichnete der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“ in Deutschland ein düsteres Bild des aktuellen Zustands der naturwissenschaftlich-technisch orientierten Friedens- und Konfliktforschung: Nachdem Deutschland lange Zeit international führend gewesen sei, sei in den letzten Jahren ein eklatanter Kompetenzverlust zu verzeichnen. Der umfassende Beratungsbedarf in Politik und Öffentlichkeit könne aktuell nicht mehr gedeckt werden.

In Anbetracht dieser Situation empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ausbau langfristiger und stabiler institutioneller Strukturen. Da Bayern bisher einen weißen Fleck auf der Landkarte der außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung darstellt, sollte die Staatsregierung die Empfehlung aufgreifen. Dabei ist schnelles Handeln gefragt, bevor andere Bundesländer aktiv werden und Bayern ins Hintertreffen gerät. Die Gründung einer zunächst landesfinanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtung würde den Forschungsstandort Bayern nachhaltig stärken.

Für die Umsetzung empfiehlt der Wissenschaftsrat eine enge Anbindung an Hochschulen und Herkunftsdisziplinen und eine enge Verbindung zu sozialwissenschaftlicher Friedens- und Konfliktforschung.

Mit einer solchen außeruniversitären Forschungseinrichtung könnte sich Bayern im Ländervergleich und international profilieren. Somit passt sie genau in die Innovations- und Forschungsoffensive, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor kurzem auf den Weg gebracht hat.